

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1856

25.1.1856 (No. 42)

Die Karlsruher Zeitung erscheint wöchentlich zweimal. Abonnementpreis für die Karlsruher Zeitung und das Großbadische Allgemeine Anzeigebblatt zusammen: vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 2 fl. 8 kr., halbjährlich 4 fl. und 1 fl. 15 kr. Die Karlsruher Zeitung wird nicht ohne das Allgemeine Anzeigebblatt abgegeben.

N^o 42.

Karlsruher Zeitung.

Einrückungsgebühr für die Karlsruher Zeitung: die gedruckte Zeitschrift oder deren Raum 1 R. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14. — Für Frankreich abonniert man bei Herrn G. Alexandre (Brandgasse Nr. 28) in Straßburg und bei dem Bureau central de publicité pour l'Allemagne (S. cité Bergère) zu Paris.

Karlsruhe.

Freitag, 25. Januar.

1856.

Badischer Landtag.

† Karlsruhe, 24. Jan. Sechste öffentliche Sitzung der Ersten Kammer, unter dem Vorsitze des ersten Vizepräsidenten, Hrn. Geh. Rathes und Oberhofrichters Dr. Stabel.

Auf der Regierungsbank: die H. H. Staatsminister Frhr. v. Rüdiger, Staatsrath Regenauer, Staatsrath Frhr. v. Wechmar, Geh. Referendar Prestinari, Ministerialrath Keller, und Ministerialrath Bär.

Das Präsidium eröffnet die Sitzung durch die Anzeige folgender Mittheilungen der Zweiten Kammer:

1) Den Etat über die für die Jahre 1856 und 57 auf das Domänengrundstockvermögen zu übernehmenden außerordentlichen Ausgaben betreffend.

2) Die Adresse an Se. Königl. Hoheit den Regenten, die Unterhaltung der Staatsstraßen und wichtigeren Vizinalwege betreffend.

3) Den Nachtrag zur Vergleichung der Budgetsätze mit den Rechnungsergebnissen für die Jahre 1852 und 53, Antheil der großh. Staatskasse am Reinertrage der Main-Neckar-Eisenbahn betreffend.

4) Die Rechnungsnachweisungen der Eisenbahn-Betriebsverwaltung pro 1852 und 53 betreffend.

5) Das Budget des großh. Ministeriums des Innern für die Etatsjahre 1856 und 57 betreffend.

Das Präsidium theilt ferner mit die Einsendung einer Anzahl von Exemplaren zweier, den Bau einer Brücke zwischen Köln und Deuz betreffenden Denkschriften Seitens der großh. Handelskammer zu Mannheim.

Zum Druck werden angezeigt die Berichte:

a) des Fabrikhabers Lauer Namens der Budgetkommission, die Rechnungsnachweisungen für die Jahre 1852 und 53 des großh. Finanzministeriums, die Zollverwaltung, Tit. VI, betreffend;

b) des Staatsraths v. Stengel, einige Aenderungen des Strafgesetzbuches betr.

Diskussion des Berichts des Fabrikhabers Lauer über den Gesetzentwurf, die allmälige Einlösung der 3 1/2 prozentigen Rentenscheine betreffend.

Der Antrag auf unveränderte Annahme wird mit Einstimmigkeit ohne weitere Bemerkung genehmigt.

Diskussion des Berichts des Hofraths Jöpsl über den Gesetzentwurf, die Allodifikation der eigentlichen Lehen betreffend.

Staatsrath v. Rüdiger: Nach der zu dem vorliegenden Gesetzentwurf gehörigen Begründung dürfe man sich Seitens der Lehenbesitzer wohl der Hoffnung hingeben, weitere Bestimmungen, namentlich aber einen mäßigen Ablösungsfuß festgesetzt zu sehen. Die großh. Regierung erkenne die Veraltung des Instituts unter den jetzigen staatlichen Einrichtungen an, die Lehenbesitzer selbst aber hielten es für billig und gerecht, daß die Beseitigung des Lehenverhältnisses ohne große Opfer für die Vasallen statfinde, nachdem dieselben durch die neueren Staatseinrichtungen und verschiedene Gesetze in ihren Rechten so sehr verkürzt worden seien. Die Erhaltung aber der Lehen als Eigenthum der dieselben besitzenden Familien sei sowohl eine verfassungsmäßige Nothwendigkeit, indem die Erste Kammer auf Güterbesitz gegründet sei, als auch in einem monarchisch-konstitutionellen Staate besonders wünschenswerth, weil man einsehe, daß man in denselben Einrichtungen, deren Folgen ein lästiges Proletariat veranlassen, zu weit gegangen sei.

Der Gesetzentwurf beabsichtige nun allerdings, die jetzt zu

den Lehen gehörigen Güter den Familien zu erhalten; allein es sollte an der Spitze desselben grundsätzlich ausgesprochen werden, daß alle Lehengüter durch Stammgutverband aufrecht erhalten bleiben sollen, und zwar ganz unabhängig von der Größe derselben. Aus diesen Gründen werden Veränderungen des Art. 1 und neue Modifikationen bei einem spätern Paragraphen nothwendig sein.

Frhr. v. Gemmingen: Als Mitglied der Kommission könne er allerdings der Regierung das Recht nicht verweigern, durch freie Uebereinkunft mit den Vasallen die Beseitigung des Lehenverhältnisses zu bewirken. Doch habe er sich einige Fragen an den Hrn. Präsidenten des Justizministeriums erlauben wollen, nämlich:

1) ob die Agnaten zugezogen würden;

2) ob nicht ein Tarif aufgestellt würde, die Bedingungen enthaltend, unter welchen die Lehen allgemein abgelöst werden könnten;

3) wie die Allodifikationssumme verwendet werden solle?

Staatsrath Frhr. v. Wechmar: Was die Allodifikationssumme betrifft, so werde sie zu dem Grundstocke geschlagen, zu welchem die Lehen gehörten.

Bezüglich der Agnaten hänge es von den einzelnen Fällen ab, ob ihr Interesse in Frage komme; doch würden dieselben wohl in den meisten Fällen zugezogen. In Bezug auf den Tarif behalte sich die Regierung weitere Entschlüsse vor.

Frhr. v. Gemmingen: Bei dieser Gelegenheit dürfe man wohl die im Landrechte und den Konstitutionsedikten verheißene Landtafel wieder in Anregung bringen, obgleich die Regierung durch den versügten Eintrag in die Grundbücher diesem Versprechen nachgekommen zu sein glaube, indem dieser Eintrag den wesentlichen Bedingungen einer Landtafel doch nicht entspreche.

Staatsrath Frhr. v. Wechmar: Die Regierung werde in Erwägung ziehen, ob die Kosten einer solchen Landtafel durch den Werth derselben ersetzt würden, indem dieselbe doch größtentheils durch die Grundbücher ersetzt sei. (Schluß folgt.)

** Orientalische Angelegenheiten.

Wie lebhaft auch die Thätigkeit sein mag, die gegenwärtig im Bereich der Diplomatie herrscht, so dringt doch davon nur wenig in die Oeffentlichkeit. Dem Anschein nach betreffen die schwebenden Verhandlungen folgende Hauptpunkte: 1) Die Unterzeichnung der in Petersburg angenommenen österreichischen Vorschläge durch die Vertreter der theilnehmenden Staaten, um ihnen dadurch den formellen Charakter als Friedenspräliminarien zu geben; 2) den Abschluß eines Waffenstillstandes; 3) Vorbereitung der Friedenskonferenzen, Art ihrer Besetzung, das von den Allirten einzuhaltende Verfahren, Wahl des Ortes u. s. w.; 4) das gegenseitige Verhältniß der einzelnen Theilnehmer der Dezemberallianz zu Art. 5 des österreichischen Ultimatus, und 5) das Verhältniß Preussens zu den Friedenskonferenzen.

Die Unterzeichnung der österreichischen Vorschläge, die, im voraus von den Westmächten gebilligt, jetzt nach der Zustimmung Russlands allseitig anerkannt sind, wird keine Schwierigkeit mehr haben. Sie wird jedoch auch nicht eher erfolgen können, als bis alle bezüglichen Verhandlungen schriftlich gepflogen sind. Am 24. Jan. aber erwartete man in Wien erst die schriftliche und ausführliche Mittheilung des Grafen Esterhazy aus St. Petersburg über die rückhaltlose Annahme des österreichischen Ultimatus von Seiten Russlands. Natürlich muß davon schriftliche Mittheilung nach Paris, London,

und Konstantinopel gemacht werden, und dann erst ist zu erwarten, daß die Vertreter der Allirten beauftragt werden, mit dem Vertreter Rußlands die Präliminarien zu unterzeichnen — ein Akt, der wahrscheinlich zu Wien erfolgen wird.

Dann auch ist erst der förmliche Abschluß eines Waffenstillstandes zu erwarten, der inzwischen jedoch längst faktisch eingetreten sein dürfte, indem die kommandirenden Generale bekanntlich jetzt schon beiderseits den Befehl erhalten haben sollen, die Feindseligkeiten einzustellen. Ueber den Antrag auf Waffenstillstand kursiren verschiedene Gerüchte; während das eine einfach nur von einer Waffenruhe auf 3 Monate spricht, will eine Wiener Lithographie wissen, der Waffenstillstand sei auf folgende Bedingungen beantragt: „Wenn bis zum Frühjahr der Frieden noch nicht hergestellt ist, so wird die verbündete Flotte wohl abermals in die Dssee eindringen, aber während der Dauer der Unterhandlungen nicht über Gothland hinausgehen. In der Krimm bilden die Tschernaja und die zwei großen Pässe ins Baidarthal die Demarkationslinie. Hinsichtlich Kinburn, Eupatoria, Kerisch, und des asiatischen Kriegsschauplatzes haben sich die gegenseitigen betreffenden Feldherren unter einander ins Einvernehmen zu setzen.“

Bezüglich der Vorbereitung der Friedenskonferenzen herrschen nur ganz unzuverlässige Gerüchte, unter denen eines noch am meisten Wahrscheinlichkeit für sich hat, welches behauptet, Frankreich gebe sich besondere Mühe, daß dieselben zu Paris abgehalten würden (bekanntlich war auch von Dresden, Frankfurt, Aachen, Brüssel, weniger von Wien die Rede). Als Motiv wird angegeben, daß der Kaiser Napoleon Werth darauf lege, daß, wie Frankreich in diesem Kampfe im Kabinete wie im Felde die erste Rolle gespielt, auch seine Hauptstadt als der Ort gewählt werde, wo das Friedenswerk sich gestalte. Eine neutrale Stadt brauche deshalb nicht gewählt zu werden, weil es bei demselben keinen (neutralen) Vermittler gebe; so sei es auch in früherer Zeit bei Friedensschlüssen vielfach gehalten worden. So weit sich äußerlich erkennen läßt, scheint dieser Anspruch vorerst noch auf keine besondere Schwierigkeiten gestoßen zu sein. Von der Entscheidung der Ortsfrage wird zum Theil auch die Frage der Art der Besichtigung der Konferenzen bestimmt sein. Gerüchtweise wird versichert, es sei im Plane, die Verhandlungen ganz durch Spezialbevollmächtigte führen zu lassen, eine Angabe, die wenigstens insofern nicht zutreffend scheint, als höchst wahrscheinlich diejenigen Diplomaten zu Wien, die bisher die orientalische Frage in der Hand hielten, sie auch bei dieser Gelegenheit darin behalten werden, mögen außerdem auch noch, wie bei der Wiener Konferenz, Spezialbevollmächtigte ihnen an die Seite treten.

Waren die bisher erwähnten Fragen mehr formeller Natur, so betrifft der 5. Artikel des österreichischen Ultimatus die materielle Seite des Einigungswerkes. Bekanntlich behalten sich darin die kriegführenden Mächte das Recht vor, noch besondere Bedingungen im europäischen Interesse zu stellen. Man weiß nicht, ob die Westmächte sich über diese Spezialbedingungen schon geeinigt haben, oder nicht; gewiß nur ist, daß die öffentliche Meinung in England und Frankreich über die noch an Rußland zu richtenden Forderungen sich nicht gleichartig ausspricht. Das englische Privatinteresse scheint nur allzusehr geneigt, die Gelegenheit zu benutzen und dem Gegner möglichst harte Anmuthungen zu machen. Man will, daß Rußland sich verpflichte, auf den Alandsinseln keine Befestigungen mehr anzulegen; man spricht von einer neuen Grenzregulirung der asiatischen Türkei; man möchte den Tscherkessen eine gesicherte Stellung geben u. s. w. In Frankreich dagegen scheint man ziemlich zufrieden mit Dem, was man erreicht hat, und freut sich des Ruhms, den man dabei errungen. Inzwischen sollte man meinen, die Kabinete würden sich verständigen, und sich wohl hüten, daß deshalb ein Bruch in die mühsam erhaltene Dezemberallianz, der von unabsehbaren Folgen sein könnte, komme. Daß die Spezialbedingungen bereits nach Petersburg abgegangen seien, haben wir nach einem Londoner Blatt bereits telegraphisch gemeldet; wir übernehmen jedoch keine Bürgschaft für die Richtigkeit dieser Angabe. Wiederholt nur wollen wir hervorheben, daß von der Forderung des Ersatzes der Kriegskosten noch nirgendswo die Rede war.

Von dem Inhalte der Spezialbedingungen dürfte zum Theil auch die Verhandlung mit Preußen wegen seiner Stellung zu den Friedenskonferenzen berührt werden; wenigstens kann

es dieselbe nicht fördern, wenn das Berliner Kabinet die Wahrnehmung machen sollte, daß sie voraussichtlich zu neuen großen Schwierigkeiten oder möglicher Weise gar zur Fortsetzung des Krieges führen könnten. Und gerade nur unter der Bedingung — so wird von anscheinend offiziöser Seite versichert — sollen die Westmächte zuzugeben geneigt sein, daß Preußen an den Konferenzen Theil nehme, wenn es sich verpflichte, sich im Fall ihrer Erfolglosigkeit auf gleiche Linie mit den Dezemberallirten zu treten. Man weiß, wie sorgfältig Preußen bisher seine Neutralität aufrecht zu erhalten gesucht und wie ängstlich es alle Verpflichtungen abgelehnt hat, „deren Tragweite sich nicht übersehen läßt.“ Diese Politik besteht noch, und damit ergeben sich die Schwierigkeiten der schwebenden Verhandlungen von selbst. Ihr Ergebnis ist abzumarten. Im voraus wird man jedoch auf einen günstigen Verlauf der Konferenzen rechnen dürfen, sobald die Kunde eintreffen sollte, daß Preußen an denselben Theil nimmt. Man kann dann darauf zulegen, es habe sich auf beiden Seiten über die herrschenden Intensionen derart vergewissert, daß es keinen Zweifel an dem Zustandekommen des Friedens mehr habe.

**** Paris, 23. Jan.** Das „Journ. des Deb.“ legt heute in einem längern Artikel die, wie es beifügt, aus guter Quelle geschöpften Verhältnisse dar, welche in der Disposition des Petersburger Hofes einen so raschen Umschwung hervorbrachten, und die mächtigen Einflüsse, welche den Zögerungen Kaiser Alexanders ein Ende machten. Das Blatt sagt u. A.:

Während Hr. v. Seebach in Petersburg an der Wiederherstellung des Friedens arbeitete, schickte der König von Preußen den Obersten v. Manneufel nach Wien, der damit beauftragt war, sich zu versichern, ob Oesterreich seinen mit Preußen durch Art. 1 des Vertrags vom 20. April 1854 eingegangenen Verpflichtungen nachkommen werde; über das unter dem 20. Dez. zwischen den Höfen von Paris, London, und Wien vereinbarte Memorandum (welches in Berlin gerechte Beforgniß erregte) Aufschlüsse zu verlangen; und endlich dem österreichischen Kabinet unter einer versöhnlichen Form Vorstellungen über die Härte der gestellten Bedingungen zu machen, zugleich aber zu erklären, daß der König zwar deren Solidarität nicht eingehen, dennoch aber im Sinne des Friedens wirken werde. Der Oberst verlangte bestimmte Antworten, die Hr. v. Buol zu geben sich nicht beeilte. Endlich aber erhielt der preussische Abgesandte die wiederholt geforderten Aufschlüsse. Oesterreich hatte sich den Westmächten weit mehr verpflichtet, als Dies König Friedrich Wilhelm voraussetzte. Es hatte nicht nur zugesagt, seinen Gesandten am 18. Jan. abzuberufen, wenn das Petersburger Kabinet die unbedingte Annahme verweigern werde, sondern es bereitete sich sogar vor, mit Frankreich und England eine Militärkonvention abzuschließen, die im Monat April in Ausführung getreten sein würde. . . . Gleichzeitig verhehlte man sich die unglücklichen Folgen nicht, welche der Feldzug von 1856 für Rußland unfehlbar nach sich ziehen müßte. . . . — Man hatte es bis jetzt vermieden, von einer Zerstückelung des russischen Reichs zu sprechen; wäre Dies auch bei einem dritten Feldzuge möglich gewesen? Die Westmächte, welche die Integrität des russischen Reichs nicht verletzen wollten, würden gezwungen sein, in seine Provinzen einzufallen, sie zu besetzen und ihnen eine neue Organisation zu erteilen. Wer kann sagen, wo die Umgestaltung, die Europa dann im Norden und Osten (Polen) erfahren wird, einhalte?

Sobald Preußen von diesen Plänen Kunde erhielt, erachtete es deren Ausführung unter Mitwirkung Oesterreichs möglich. Es durfte nun sowohl um des Kaisers Alexander, als um seiner selbst willen nicht länger gezögert werden. Man sagt, das Berliner Kabinet habe sich beeilt, die in Wien erhaltenen Aufschlüsse dem Petersburger Hofe mitzutheilen und ihm die unbedingte Annahme der österreichischen Propositionen angerathen, beifügend, daß es ihm seinerseits nicht möglich wäre, Preußen solch gefährlichen Chancen auszusetzen, und es genöthigt sein würde, seine Politik jener der Westmächte zu nähern. . . . Die beiden eigenhändigen Schreiben, welche der König an den Kaiser und den Großfürsten Konstantin richtete, kamen gerade zur Zeit nach Petersburg, wo dem Grafen Esterhazy die Weisung zukam, diese Stadt am 18. mit der ganzen Legation zu verlassen. Diese Umstände und der Rath des Hrn. v. Seebach, durch Hrn. v. Nesselrode geschickt dargestellt, verfehlten ihren Eindruck auch auf die Kriegslustigsten, auf die entschiedensten Friedensgegner nicht, und der Kaiser — wie man sagt, mit einstimmiger Genehmigung seines Staatsraths, — trat denselben Bedingungen bei, die wenige Tage vorher unannehmbar erkannt worden sind.

* Die „Oesterr. Corresp.“ bringt die in unserm vorletzten Blatte schon mitgetheilte Petersburger Depesche in folgender Fassung: „Das „Journ. de St. Petersb.“ verkündet, daß die kaiserl. russische Regierung, Angesichts der von ganz Europa

dargelegten Wünsche, den österreichischen Propositionen ihre Zustimmung gegeben hat. Die kaiserl. russische Regierung habe durch Verhandlungen über Nebensachen (des discussions accessoires) das Werk der Versöhnung, dessen Erfolg ihren lebhaftesten Wünschen entspreche, nicht verzögern wollen, und glaube sich deshalb zu der Erwartung berechtigt, daß die öffentliche Meinung aller Länder ihr für diese Mäßigung Rechnung tragen werde."

Krimm.

* Die Korrespondenzen englischer Blätter aus dem Lager vor Sebastopol umfassen den Zeitraum vom 6. bis 8. Jan.; aber es ist schwer, aus ihnen Mittheilungen von allgemeinem Interesse zusammenzustellen. Der 5. war ein schöner, kalter Wintertag; die Russen benützten ihn zu Massenerzittern; die Engländer spielten Krieg mit Schneebällen; die leichte Division theilte sich in 2 Parteien und ergötzte sich an Scheinmanövern, die damit endeten, daß 14 Offiziere und eine Menge Leute der einen Partei gefangen wurden, daß die Offiziere sich mit 2 Sh. 6 P. und die Gemeinen mit 1 P. per Mann loskaufen mußten, und daß Alle sehr vergnügt waren. Die Nacht über stieg die Kälte, so daß am andern Morgen das Wasser in den Hütten steinhart gefroren war. Aber den Soldaten ist die trockene Kälte viel lieber, als das nasse, schmutzige Wetter. Das Verhältniß der Kranken zu den Gesunden ist $6\frac{1}{2}$, höchstens 7 Proz., und während im Dez. 1854 die leichte Division 258 Todesfälle aufzuweisen hatte, verlor sie in diesem Dez., bei einer Stärke von 6500 Mann, bloß 8 Leute, und von diesen 3 in Folge alter Wunden. Am 8. war der Wind wieder nach Süden umgesprungen und brachte Thauwetter übers Lager. Am Abend zuvor gab's im französischen Lager einen „bal paré et costumé“, bei 10 Fr. Eintritt und überschwenglich hohen Buffetpreisen; aber aller Mühe ungeachtet war das schöne Geschlecht nur durch 8 Damen aus dem Heere der Marketederrinnen und Ladenbesitzerinnen vertreten.

Der Korrespondent der „D. News“ im Lager schreibt vom 7., es sei die Rede davon, die Zerstörung der im Hafen von Sebastopol versenkten Kriegsschiffe zu versuchen; denn man könne mit Sicherheit annehmen, daß sie sehr werthvolles Material enthalten, das den Russen später zugute kommen könnte. Mehrere ihrer Masten ragen noch aus dem Wasser hervor, und die am Hafeneingang versenkten Fahrzeuge dienen gewissermaßen dazu, den Wogenswall von draußen aufzuhalten, so daß die Schiffe in der Tiefe des innern Hafens kaum stark beschädigt sein dürften. Das Feuer der Nordforts dauerte mit kurzen Unterbrechungen fort.

Deutschland.

Rheinbischofsheim, 23. Jan. (Dr. B.) Die Rheingold-Wascherei hat im Jahr 1855 eine Summe von 1486 fl. 53 fr. eingetragen.

Ulm, 22. Jan. (S. M.) Der König hat für die Restauration des Münsters auf die nächsten 4 Jahre je einen Beitrag von 3000 fl. aus seinen Privatgeldern bewilligt.

Ludwigshafen, 22. Jan. Heute ist von hier der erste Schlepptzug thalwärts abgegangen. Die Schifffahrt ist nun als eröffnet zu betrachten. Der Rhein ist im Steigen begriffen.

Bernburg, 19. Jan. Unser Landtag ist auf den 28. Jan. zusammenberufen.

Fürstenthum Lippe, 19. Jan. Das Regierungsblatt meldet, daß der Fürst den preussischen Regierungsrath v. Dheimb. zu seinem Kabinetminister ernannt hat.

* **Wien**. Ein Pariser Korrespondent der „Morn. Post“ schreibt, es finde zur Zeit zwischen Wien und Rom ein gereizter Briefwechsel wegen der Auslegung, welche die lombardischen Bischöfe dem Konkordat geben, statt.

Italien.

* **Venedig**, 21. Jan. (Tel. Dep.) Ihre H. der Graf und die Gräfin von Chambord sind mit der regierenden Herzogin von Parma gestern hier eingetroffen.

* **Turin**, 20. Jan. (Tel. Dep.) Die Konzession zum Bau einer Eisenbahn von Alessandria über Tortona und Voghera nach Stradella, mit einer Zweigbahn von Tortona nach Novi, ist einer anonymen Gesellschaft ertheilt worden. Aus Neapel vernimmt man, daß das Getreideausfuhr-Verbot und der erhöhte Delzoll ungeachtet großer Vorräthe von diesen Artikeln fortwährend beibehalten werden.

Frankreich.

† **Paris**, 23. Jan. Der amtliche Theil des „Moniteurs“ enthält lediglich die Anzeige, daß der Kaiser gestern die Erwidmung des Großherzogs von Sachsen-Weimar auf die Beglaubigungsschreiben des zum bevollmächtigten Minister in Weimar ernannten Vicomte des Méloizes-Fresnoy erhalten hat. — Wie der „Moniteur“ berichtet, hat der kaiserl. Gerichtshof am 26. v. M. einen Pariser Metzger Namens Petit wegen Verkaufs ungesunden Fleisches zu 10 Monaten Gefängniß, 50 Fr. Geldstrafe, und öffentlichem Anschlag des Urtheils in 50 Exemplaren an drei Sonntagen verurtheilt. Der Polizeipräsident von Paris seiner Seits hat nun überdies das Etablissement des Genannten schließen lassen und ihm die künftige Betreibung des Metzgergeschäfts untersagt.

Großbritannien.

** **London**, 22. Jan. Nach Berichten der „Times“ aus den Provinzen hat die Friedensbotschaft aus Petersburg in den größern englischen Handelsstädten Anfangs keine geringere Aufregung wie in der Hauptstadt hervorgerufen; doch sei man dort rasch nüchtern geworden, und ziehe die Fortführung des Krieges einem zusammengeflackten, unsichern Frieden vor. In Manchester sei der Markt bald ruhiger geworden, nachdem allerdings unmittelbar nach Eintreffen der großen Neuigkeit telegraphische Ordres von allen Seiten eingelaufen waren. In Birmingham erwartet man in Folge des eventuellen Friedens ein Steigen der dortigen (Eisen-) Artikel, insofern die großen Bestellungen der Regierung zu Kriegszwecken kein äquivalenter Ersatz für das Eisenverbot nach dem Norden Europa's und die Stöckung aller industriellen Unternehmungen im Inlande gewesen sein sollen. Nottingham hat vollauf zu thun, seine amerikanischen Ordres auszuführen. In den Wollendistrikten hält sich das bisherige Vertrauen, und auf den irischen Leinwandmärkten herrscht größere Thätigkeit. — Der Graf v. Flandern hat gestern Nachmittag Windsor verlassen, und seine Rückreise nach Belgien angetreten. — Lord Palmerston war ebenfalls im Laufe des gestrigen Tages von Windsor hier eingetroffen. — Frau Jenny Lind-Goldschmidt, die gestern zum fünften Male in Exeter-Hall (in Mendelssohn's Elias) auftrat, ist durch eine Deputation der Arbeiter von Liverpool gebeten worden, ihnen zu Liebe ein wohlfeiles Konzert in Liverpool zu veranstalten, damit es auch ärmeren Leuten gegönnt sei, sie zu hören. Die Künstlerin hat zugesagt. — Die Aktionäre sämtlicher englischen Eisenbahnen werden heute durch große Anschlagzettel aufgefordert, sich heute Abend bei einem Meeting in London-Tavern einzufinden, woselbst über die Schritte berathen werden solle, weiteren Fällen schlechter Verwaltung von Seiten der betreffenden Direktionen vorzubeugen.

Neueste Post.

Eriest, 24. Jan. (L. D. d. St.-A. f. W.) (Neueste Levante post.) Konstantinopel, 14. Jan. Kertsch ist von den Russen bedroht. Ganz Oberarmenien fast bis zu Erzerums Reichthümern ist in russischer Gewalt. Die transkaukasische Expedition scheint aufgegeben. Trapezunt wurde der Mittelpunkt einer veränderten Operationsbasis. Omer Pascha in Rebut-Kale. Während der Abwesenheit der englischen Gesandtschaft in Teheran besorgt Murray's Geschäfte der Konsul Stevens interimistisch. Englische Mission in Circassien gescheitert. Longward selbst von Bergvölkern ausgeraubt.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Fern. Kroenlein.

900. Durlach. Freunde und Bekannte setzen wir von dem heute erfolgten Ableben unserer lieben Mutter und Schwiegermutter, Lehrer Emanuel Wahrer's Wittwe, geb. Blum, in Kenntniß, und bitten um stille Theilnahme.

Durlach, den 24. Januar 1856.
Die Hinterbliebenen.

901. Bettberg. Nach des Allmächtigen unerforschlichem Rathschluß starb den 22. d. M., Mittags 1/2 1 Uhr, nach mehrwöchentlichem hartem Brustleiden unser lieber, theurer Gatte, Vater, und Großvater, der Pfarrer Karl Müller in Bettberg, nach beinahe zurückgelegtem 80. Lebensjahre.

Von diesem für uns so harten und schmerzlichen Verluste setzen wir die entfernten Verwandten und vielen Freunde des Verstorbenen hiemit in Kenntniß, und bitten, uns ihre stille Theilnahme nicht zu versagen.

Bettberg, den 24. Januar 1856.
Die Hinterbliebenen.

809. Karlsruhe.
Concert = Anzeige.

Nächsten Samstag, den 26. d., findet im Foyer des Theaters das Concert des Herrn J. Stockhausen statt.

Anfang 7 Uhr.
Billete sind zu haben in den Musikalienhandlungen der Herren Frey und Vielesfeld.

Bolontairstelle = Gesuch.

Ein in jeder Branche gewandter junger Mann, besonders in Spezeerei, Eisen-, Farb- u. Kurzwaaren, als auch Comptoirist, wünscht seine Stelle als Bolontair zu verändern. Offerten unter Nr. 870 besorgt die Expedition dieses Blattes. 870.

874. Karlsruhe.
Allgemeine Versorgungsanstalt im Großherzogthum Baden.

Diejenigen Mitglieder der Versorgungsanstalt, welche seit Mai 1854 ihren Wohnsitz in hiesiger Residenzstadt oder in deren Umkreis von zwei Stunden genommen haben, werden veranlaßt, sich gefällig mündlich oder schriftlich dahier anzumelden, damit das Verzeichniß über die in den Verwaltungsrath und Ausschuß wählbaren Mitglieder der Anstalt zum Gebrauche bei der nächsten, im Monat Mai d. J. stattfindenden, Generalversammlung aufgestellt werden kann.

Karlsruhe, den 21. Januar 1856.
Verwaltungsrath.

842. Berghaupten, Amt Gengenbach.
Holländer-, Bau-, Nuß- und Sägholz-Versteigerung.

Am Donnerstag, den 31. d. M., Vormittags 10 Uhr anfangend, werden im Kronenwirthshause dahier aus diesseitigem Heiligenthal nachstehende Holzfortimente gegen Zahlung vor der Abfuhr öffentlich versteigert, als:

- 102 tannene Stämme,
 - 5 eichene dto.,
 - 18 tannene Klöße,
 - 19 buchene dto.,
 - 4 1/2 Klafter buchenes Scheitholz,
 - 24 1/4 " tannenes dto.,
 - 1 1/2 " gemischtes Scheitholz,
 - 1 1/2 " tannenes Prügelholz,
 - 1450 Stück tannene Wellen,
 - 275 Stück gemischte dto.
- Der körperliche Inhalt des Langholzes beträgt 10,879 Kubikfuß.
Berghaupten, den 21. Januar 1856.
Der Stiftungsvorstand.

In der S. Braun'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Beitschrift für die Geschichte des Oberrheins.

Herausgegeben
von dem
Landesarchive zu Karlsruhe, durch den Direktor desselben
F. J. Mone.

6r Band. Preis 2 fl. 40 kr.

Inhalt:

16 Heft: Ueber das Steuerwesen vom 14. — 18. Jahrh. in Baden, Hessen und Bayern. Ueber das Kriegswesen im 13.—15. Jahrh. in Rheinpreußen, Elsaß, Baden, Bayern, Schweiz. Urkundenarchiv des Klosters Herren-Alb. 14. Jahrh. Eine Urkunde Herzogs Conrads von Schwaben. Das ehemalige sankt-blasißche Waldamt. Königliche Urkunden von 950—1298. — 28 Heft: Ueber das Kriegswesen vom 14.—16. Jahrh. in Baden, Elsaß und Oberschwaben. Urkundenarchiv des Klosters Herren-Alb. 14. Jahrh. Urkundenregeste über das ehemalige sankt-blasißche Waldamt. Die alten Mönchshöfe von St. Blasien. — 36 Heft: Ueber das Münzwesen im 15. und 16. Jahrh. in Baden, Württemberg, Schweiz und Elsaß. Hessische Urkunden, Briefe und Regesten, vom 13.—16. Jahrh. Urkundenarchiv des Klosters Herren-Alb. 14. Jahrh. Urkundenregeste über das ehemalige sankt-blasißche Waldamt 14 und 15. Jahrh. Geschichtliche Notizen. Der fleißige Dithlo. Römische Töpfereien zu Rheinzabern. — 46 Heft: Sponheimische Beamtenordnung. 1437. Fruchthandel, Arbeitslöhne und Viehzucht am Bodensee. 1433—1443. Urkunden und Regesten über Hohenzollern, vom 13.—15. Jahrh. Beiträge zur elsäßischen Geschichte in ihren Verhältnissen zum rechten Rheinufer, vom 9.—15. Jahrh. Urkundenarchiv des Klosters Lichtenhal. 13. Jahrh. Urkundenregeste über zur ehemalige sankt-blasißche Waldamt, von 1411 bis 1480. Geschichtliche Notizen. Trifels, der Rhein, das Hertum Taulers, römische Straßen. Register.

Bernoulli, Vademecum des Mechanikers.

Achte, stark vermehrte Auflage.

In Unterzeichnetem ist erschienen und in der S. Braun'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe zu haben:

Vademecum des Mechanikers oder praktisches Handbuch für Mechaniker, Mühlbauer, Ingenieurs, Techniker und Gewerbsleute

von
Joh. Gustav Bernoulli.

Achte Auflage,

gänzlich umgearbeitet und stark vermehrt unter Mitwirkung von

Friedrich Autenheimer.

8. In Leinwand gebunden. Preis 2 fl. 12 kr.
Stuttgart und Augsburg.

J. G. Cotta'scher Verlag.

819. Karlsruhe. (Holzversteigerung.)
Im groß. Hartwald, Abtheilung Hohe Ruhe, Vogelbeerd und Einsprungschlag, werden versteigert,

Montag, den 28., Dienstag, den 29.,
und Mittwoch, den 30. d. M.:
640 Stämme Forsten, Säg- und Bauholz,
31 Eichen, Nuß- und Bauholz;
beim Forsten- und Eichenholz befinden sich mehrere
Holländerstämme.

Die Zusammenkunft ist am Montag am Mühlburger Thor, am Dienstag am Ludwigsthor dahier, und am Mittwoch am Pirschthor bei der Schloßgarten-Kaserne, jeden Tag Morgens 9 Uhr.
Karlsruhe, den 21. Januar 1856.
Groß. Bezirksforstei Eggenstein.
Seidel.

844. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Der alte Güterschoppen auf dem Karlsruher Bahnhof

soll auf den Abbruch zu Eigentum versteigert werden, und wird Tagfahrt auf

Montag, den 28. d. M.,

Vormittags 10 Uhr,

anberaumt.

Die Versteigerung findet in dem Güterschoppen selbst statt, und kann derselbe bis dahin täglich eingesehen werden.

Karlsruhe, den 22. Januar 1856.

Groß. Post- und Eisenbahnamt.

Vorstand: Bezirks-Ingenieur:

Widmann. Bürklin.

vd. Bernbacher.

537. Nr. 7. Muggensturm, D.A. Raßatt.
Kirchen-Bauarbeiten = Versteigerung.

Montag, den 4. Februar l. J., Vormittags 10 Uhr, werden auf dem hiesigen Rathhause mittelst Versteigerung an die Wenigstnehmenden, behufs der Vergrößerung hiesiger Pfarrkirche, folgende Bauarbeiten vergeben, als:

- 1) Maurerarbeit, veranschlagt zu 4350 fl. 58 kr.
- 2) Steinhauerarbeit " " 386 fl. 23 kr.
- 3) Zimmerarbeit " " 1391 fl. 23 kr.
- 4) Schreinerarbeit " " 807 fl. 7 kr.
- 5) Schlosserarbeit " " 326 fl. 28 kr.
- 6) Glaserarbeit " " 155 fl. 17 kr.
- 7) Anstreichen " " 35 fl. 58 kr.

Zugleich wird auch die Herstellung einer neuen Pfarrgartenmauer im Anschlag zu 450 fl. — fr. mitvergeben.

Summa 7903 fl. 34 fr.

Hierzu werden die Steigerungsliebhaber mit dem Anfügen eingeladen, daß Plan, Kostenüberschlag und Versteigerungsbedingungen täglich auf hiesigem Rathszimmer eingesehen werden können, und auswärtige Steigerer sich mit legalen Vermögenszeugnissen auszuweisen haben.

Muggensturm, den 14. Januar 1856.

Der Stiftungsvorstand:

Bed, Pfr.

Jittel, Bürgermeister.

vd. Gramlich,

Stiftungsaktuar.